

Die UN brauchen einen Wissenschaftsberater

Ramesh Thakur · Walther Lichem · Detlof von Winterfeldt

Viele Aufgaben der Vereinten Nationen, wie Klimawandel, HIV/Aids oder nukleare Nichtverbreitung, sind komplex, und zu ihrer Lösung bedarf es wissenschaftlicher Erkenntnisse. Doch die internationalen Wissenschaftsinstitutionen sind heute noch immer weitgehend von den politischen Verhandlungen ausgeschlossen. Sinnvoll wäre es daher, den gegenseitigen Austausch zu institutionalisieren. Dies könnte erreicht werden durch einen Wissenschaftsberater des Präsidenten der Generalversammlung. Der Berater sollte einen ›Wissenspakt‹ ausarbeiten, der Richtlinien für den weltweiten Wissensaustausch festlegt.

Die Welt und die Entwicklung ihrer globalen Agenda ist heute vom ständig wachsenden Einfluss von Wissenschaft und Technologie auf die Herausforderungen wie auch auf die möglichen Antworten unserer Gesellschaften geprägt. Obwohl Politikformulierungen und Strategien der internationalen Gemeinschaft und ihrer Organisationen auf wissenschaftlichen Erkenntnissen und Forschungsergebnissen beruhen sollten, ist die Beziehung zwischen den Strukturen und Verfahren der globalen Politik und den wissenschaftlichen Einrichtungen eher fragmentiert. Wissensgestützte Politikoptionen sind eher die Ausnahme. Andererseits wird auch der Wissenschaftssektor nicht wirklich von den einschlägigen Erfordernissen der Politik erreicht.

Diese beiden Dimensionen der globalen Agenda sollten daher mittels geeigneter Governance-Mechanismen miteinander verbunden werden. Dies bedeutet, dass einerseits Wissenschaft, Technologie und Innovation zunehmend von den Bedürfnissen der globalen Agenda geprägt sein sollten, dass aber andererseits auch die globalen Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse stärker von gezielter Wissensproduktion profitieren sollten. Die internationalen Wissenschaftsinstitutionen sind jedoch noch immer weitgehend von den politischen Verhandlungen ausgeschlossen – eine bedeutende Ausnahme ist die Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (IPCC). Während die Zivilgesellschaft und Wirtschaftsvertreter in den zentralen Politikorganen der internationalen Gemeinschaft, der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, immer wieder das Wort ergreifen können, ist die Präsenz des Wissenschaftssektors auf den Wirtschafts- und Sozialrat der UN beschränkt.

Gleichzeitig werden die Herausforderungen der globalen Agenda für die Vertreter der UN-Mitglied-

staaten immer komplexer. Wissensgestützte Politikoptionen sind daher sowohl im nationalen Interesse als auch in dem der internationalen Gemeinschaft. Es wäre daher sinnvoll, neue Strukturen der wechselseitigen Beziehung mit den Wissenschaften in den globalen Politikprozessen wie auch in den Wissenschaftsinstitutionen zu schaffen. Beide Prozesse und Strukturen sind komplex und geprägt von der intersektoriellen, interdisziplinären und interinstitutionellen Natur der globalen Herausforderungen. Folglich sollten nicht nur die diversen UN-Sonderorganisationen von einem diesbezüglichen Reform- und Entwicklungsprozess profitieren, sondern vor allem die zentralen Politikorgane der internationalen Gemeinschaft.

Innerhalb des UN-Systems bedeutet dies für die Generalversammlung, erneut ihre Meinungsführerschaft zu den Themen der globalen Agenda geltend zu machen. Um dies zu unterstützen, halten die Verfasser dieses Beitrags die Schaffung eines Postens eines Wissenschaftsberaters (Sciences Adviser) des Präsidenten der Generalversammlung für eine geeignete Option. Dessen Beiträge würden nicht nur der Verhandlungsführung, sondern in einem breiteren Ansatz allen UN-Mitgliedstaaten zugute kommen. Davon würden in erster Linie die Vertretungen jener Staaten profitieren, die über keine auf globale Fragen spezialisierten Wissenschaftsinstitutionen verfügen. Eine der vordringlichen Aufgaben des Wissenschaftsberaters sollte daher sein, einen Wissenspakt (Knowledge Compact) auszuarbeiten, der Richtlinien für den weltweiten Wissensaustausch festlegt.

Die Bedeutung von Wissenschaft und Technologie für die heutige Welt

Eine der größten Herausforderungen für die nationalen und internationalen Führungsebenen von heute ist der Umgang mit Veränderungen und Risiken. Die schnelle Entwicklung und Verbreitung von Wissenschaft und Technologie sind die Motoren der modernen Entwicklung und weltweiten wirtschaftlichen Integration. Obwohl üblicherweise in Wissenschaft und Technologie nach Lösungen für drängende Probleme gesucht wird, können sie auch bei einigen Problemen die Ursache sein. Wir leben heute nicht nur in einer auf Wissen basierenden Wirtschaftswelt, sondern insgesamt in einer Wissensgesellschaft. Hier findet ein zweigleisiger Prozess statt: Zum einen steigt die Wissensintensität, das heißt der Umfang an Wissen pro Hochschulabgänger hat von einer Generation



Prof. Dr. Ramesh Thakur, geb. 1948, ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität von Waterloo in Kanada und Außerordentlicher Professor für Internationale Beziehungen an der Griffith-Universität in Australien.

Prof. Dr. h.c. Walther Lichem, geb. 1940, ist UN-Berater und Botschafter a.D. Österreichs.

Prof. Dr. Detlof von Winterfeldt, geb. 1948, ist Direktor des Internationalen Instituts für Angewandte Systemanalyse in Laxenburg, Österreich.

Es ist eine Pflicht der Wissenschaftler, ihr Wissen zum Wohle der Menschheit zur Verfügung zu stellen.

zur nächsten enorm zugenommen. Andererseits wird aber auch bei der Anwendung des neuen Wissens immer mehr Technologie eingesetzt.

Die Welt wird zunehmend gefordert sein, Zugang zu modernen Forschungsmöglichkeiten zu schaffen, um schwierige globale Probleme lösen zu können. Es ist eine Pflicht der Wissenschaftler, ihr Wissen zum Wohle der Menschheit zur Verfügung zu stellen. Leider fällt die Verbreitung und Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und technologischem Unternehmertums zum Wohle der Gesellschaft weltweit ungleich aus. Jene von uns, die ihren Computer als eine Selbstverständlichkeit betrachten, vergessen zuweilen, dass Milliarden von Menschen noch nicht einmal ein Telefon als alltägliches Kommunikationsmittel zur Verfügung steht. Wissen ist ein entscheidendes Kriterium, um der Armut zu entkommen und die Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen. Doch ein Großteil der wissenschaftlichen Erkenntnisse, die in entwickelten Gesellschaften bereits vorhanden sind, müssen in der restlichen Welt erst verbreitet werden.

Dabei wird der Technologietransfer oft als *die* Lösung angesehen, doch ist dies ein komplexer Prozess, der den Aufbau technologischer Fähigkeiten in den Empfängerländern voraussetzt, damit Technologie überhaupt in den produktiven Sektoren angewandt, angepasst und eingefügt werden kann. Dafür sind Investitionen in die Bildung und in die technologische Infrastruktur notwendig, die nur mithilfe von Partnerschaften zwischen dem öffentlichen und privaten Sektor sowie mit der Unterstützung aller Entwicklungspartner durchgeführt werden können.

Wissenschaft und Technologie nehmen auf sechs der acht von den UN ausgerufenen Millenniums-Entwicklungsziele direkt Einfluss: Beseitigung von extremer Armut und Hunger, Förderung der Grundschulbildung weltweit, Verbesserung der Gesundheit von Kindern und Müttern, Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen Krankheiten sowie Förderung eines nachhaltigen Umweltschutzes. Wissenschaft und Technologie sind ebenso für viele Themen auf der Friedens- und Sicherheitsagenda bedeutsam. Um die Rüstungskontrolle und Abrüstung zu fördern, können Wissenschaftler in wichtigen Bereichen Forschungen durchführen, zum Beispiel zur Handhabung des zivilen Kernbrennstoffkreislaufs, zur Verbesserung der physischen Sicherheit nuklearen Materials und nuklearer Einrichtungen, zum Vertrag über das Verbot der Herstellung von spaltbarem Material für Kernwaffen oder andere Kernsprengkörper (FMCT) oder zur Stärkung des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT).¹ Vieles davon kann im Vorfeld geschehen, um die Aussichten auf das Zustandekommen von Rüstungskontroll- und Abrüstungsabkommen zu erhöhen. Die Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen hat in den letzten zwölf Jahren etwa

eine Milliarde US-Dollar investiert, um das technisch anspruchsvolle Internationale Überwachungssystem, das 320 Überwachungsstationen und 16 Laboratorien in knapp 90 Ländern miteinander verbindet, aufzubauen, zu betreiben und instand zu halten. Sein Vorläufer findet sich in den Aktivitäten der *Ad-hoc*-Gruppe wissenschaftlicher Sachverständiger für die Prüfung von Maßnahmen der internationalen Zusammenarbeit bei der Erfassung und Identifizierung seismischer Vorgänge wieder. Sie wurde von der Genfer Abrüstungskonferenz eingerichtet und entwickelte und testete bis Mitte der siebziger Jahre Ansätze zur seismischen Überwachung von Nuklearversuchen. Deren Arbeit, durchgeführt inmitten des Kalten Krieges, legte die wissenschaftliche Grundlage für die CTBT-Verhandlungen.

Der Transfer und die Einbindung umweltverträglicher Technologien werden zunehmend als ausschlaggebend für die Förderung nachhaltiger Entwicklung in den Entwicklungsländern anerkannt. Eine ähnliche Beachtung sollte der Wissenschaft und der Technologie in Bezug auf andere international vereinbarte Entwicklungsziele entgegengebracht werden. Wissenschaft und Technologie können unter anderem eingesetzt werden, um das Volumen und den Nährwert von Lebensmitteln zu erhöhen, um Wasser in sauberes Trinkwasser zu verwandeln, um den Armen Medikamente zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung zu stellen oder um Spätfolgen der Umweltverschmutzung zu bekämpfen.

Innerhalb den Vereinten Nationen setzen sich weltweit verschiedene Institutionen mit einer Vielzahl an wissenschaftlichen und technologischen Fragestellungen auseinander. Die Anwendung von wissenschaftlichen Kenntnissen und technologischen Lösungen greift praktisch in alle wirtschaftlichen Bereiche ein und bezieht dabei die meisten Organisationen des UN-Systems mit ein, die sich in ihrem speziellen Arbeitsbereich mit wissenschaftlichen und technologischen Themen befassen. Deren Arbeit muss besser integriert, und politische Rahmenkonzepte und Perspektiven, die von ihnen entwickelt werden, müssen besser miteinander verknüpft werden. Um entsprechende Ergebnisse zu erzielen, bedarf es weniger technologischer Lösungen, sondern neuer Initiativen von Wissenschaftlern, politischen Entscheidungsträgern und Interessengruppen aus dem Privatsektor. Die Vereinten Nationen sollten bei diesen Bemühungen die Federführung übernehmen.

Vertrauens- und Bedeutungskrise eines UN-zentrierten Multilateralismus

Die Vereinten Nationen tragen die Verantwortung, den internationalen Frieden zu wahren und die menschliche Entwicklung zu fördern. Das Scheitern der Klimakonferenz von Kopenhagen im Dezember 2009 machte deutlich, dass das Vertrauen in das

Wissenschaft und Technologie nehmen auf sechs der acht Millenniums-Entwicklungsziele direkt Einfluss.

weltweite System des organisierten Multilateralismus, das sich rund um die Vereinten Nationen herausgebildet hat, gesunken ist. Doch die meisten Entwicklungsländer sehen die Vereinten Nationen nach wie vor als Partner beim gemeinsamen Streben nach Entwicklung und Sicherheit. Sie bleiben weiterhin die einzige und größte Hoffnung auf Einigkeit in einer Welt der unterschiedlichen Interessen, in der globale Probleme multilaterale Lösungen erfordern. Die UN sind das Forum zur Harmonisierung nationaler und zum Vorantreiben internationaler Interessen.

Natürlich besteht ein Teil der Vereinten Nationen aus einer internationalen Bürokratie mit vielen Mängeln und Fehlern. Ebenso sind sie ein Forum, das häufig für Schuldzuweisungen benutzt wird, anstatt zum Lösen von Problemen. Oft genug konnten die Vereinten Nationen dringende Probleme, die kollektives Handeln erfordern, nicht lösen. Es scheiterte oft am Unvermögen, an der Unfähigkeit oder am Unwillen der Mitarbeiter.

Dennoch repräsentiert die Weltorganisation – dies mag überraschen – auch weiterhin die internationale Gemeinschaft. Auf sie richten sich die Erwartungen der Weltöffentlichkeit und sie ist der Ort für kollektives Handeln. Der Grund dafür ist, dass die Vereinten Nationen – trotz ihrer bürokratischen Unbeweglichkeit, ihrer institutionellen Zögerlichkeit und der zwischenstaatlichen Grabenkämpfe – das Organisationssystem sind, das die zersplitterten Teile der Menschheit unter einem Dach vereint. Es ist geschaffen worden, um eine Welt hervorzubringen, in der Angst zu Hoffnung wird, Not der Würde weicht und Befürchtungen zu Ambitionen werden. Um mit den Worten des berühmten ehemaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen Dag Hammarskjöld zu sprechen, die Vereinten Nationen wurden nicht gegründet, »um uns in den Himmel zu bringen, sondern um uns vor der Hölle zu bewahren.«² Die baldige und bestmögliche Nutzung von Wissenschaft ist zwingend notwendig, um der Hölle auf Erden zu entkommen, die noch immer für Hunderte Millionen von Menschen Alltag ist.

Die Vereinten Nationen sind beides in einem: Symbol einer gemeinsamen Zukunft zur Besserstellung der Menschheit sowie institutionelles Instrument, um diese bessere Zukunft für die gesamte Menschheit zu schaffen. In einer Informationsgesellschaft liegt der komparative Vorteil der Vereinten Nationen in ihrer Identität als Hüter und Manager wissenschaftlicher Netzwerke, womit ihnen ein weltweites Mandat und eine globale Reichweite zuteil wird. Die UN sind Wissenschaftshändler, mit der Fähigkeit, weltweit Einfluss zu nehmen und Netzwerke aufzubauen. Sie haben zugleich das Mandat und die Fähigkeit, den Stimmen vieler Entwicklungsländer, die häufig im weltweiten wissenschaftlichen und politischen Diskurs fehlen, die ausgeschlossen oder an den Rand gedrängt werden, ein Forum zu bieten.

Global Governance für die Wissenschaften

Wenn in der Millenniums-Erklärung aus dem Jahr 2000 die gemeinsamen Ziele der Menschheit festgehalten sind, dann sollten die Strukturen und Prozesse der Vereinten Nationen das am besten geeignete Mittel zu ihrer Erreichung sein. Die Gründer der Vereinten Nationen schufen die Generalversammlung als das Forum erster Wahl, um die Probleme der Welt zu diskutieren, Streitigkeiten beizulegen oder weltweit geltende Normen festzulegen. Den Sicherheitsrat schufen sie, damit dieser den weltweiten Frieden wahrt und Normen durchsetzt. Die Sonderorganisationen wurden gegründet, um transnationale technische Probleme zu lösen. Und das Büro des Generalsekretärs hat die Aufgabe, diese gewaltige Maschinerie möglichst reibungslos und effizient zu führen.

Der Beitrag und die Beteiligung der Wissenschaftsgemeinde an Global Governance ist fragmentiert und findet nur sporadisch statt. Die Sonderorganisationen tauschen sich mit der Wissenschaftsgemeinde in ihrem speziellen Fachgebiet aus. Die UN-eigenen Forschungsinstitutionen – zum Beispiel die Universität der Vereinten Nationen (UNU), das Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen (UNITAR) und das Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung (UNIDIR) – leiden an institutioneller Fragmentierung sowie finanziellen und personellen Einschränkungen bei ungenügend strukturierter Zusammenarbeit zwischen den Wissensproduzenten und den operativen und politischen Abteilungen innerhalb des UN-Systems. Zwei Beispiele für die erfolgreiche Inanspruchnahme wissenschaftlicher Netzwerke für erkenntnisgeleitete globale Politikmaßnahmen sind der IPCC und die Millenniums-Bewertung der Ökosysteme.

In dem rezipierten linearen Modell der Wissenschaftspolitik fließen Investitionen in nationale Wissenschaftsgemeinden. Die gegenwärtigen Governance-Strukturen für die Wissenschaft beruhen auf nationalen Vereinbarungen und sind international nicht koordiniert. Die Idee von Global Governance³ unterstreicht zweierlei: Zum einem verdeutlicht sie, dass der souveräne Territorialstaat immer weiter in den Hintergrund tritt und zum anderen, dass zwischen-

In einer Informationsgesellschaft liegt der komparative Vorteil der Vereinten Nationen in ihrer Identität als Hüter und Manager wissenschaftlicher Netzwerke.

Der Beitrag und die Beteiligung der Wissenschaftsgemeinde an Global Governance ist fragmentiert und findet nur sporadisch statt.

¹ Vgl. Royal Society, *Scientific Cooperation to Support Nuclear Arms Control and Disarmament*, Policy Document 03/10, London, März 2010.

² Zitiert in: Brian Urquhart, *Hammarskjöld*, New York 1972, S. 48.

³ Hier ist mit Global Governance die Summe aller Normen, Gesetze, Maßnahmen und Institutionen, die die Beziehungen zwischen Bevölkerung, Gesellschaft, Markt und Staat weltweit definieren, festlegen und vermitteln gemeint, also die Beziehungen zwischen den Inhabern und den Objekten internationaler öffentlicher Macht, vgl. Thomas G. Weiss/Ramesh Thakur, *Global Governance and the UN: An Unfinished Journey*, Bloomington 2010, S. 6.

Die dringenden globalen Herausforderungen benötigen wissenschaftlichen Input, den Transfer und die Anwendung von Technologie sowie internationale Zusammenarbeit.

und nichtstaatliche Akteure bei der Ausrichtung der globalen Agenda zunehmend an Bedeutung gewinnen. Damit einher geht der Bedarf, Global Governance im Bereich Wissenschaft im neuen weltweiten sozialen Kontext der »sich verändernden öffentlichen Beziehungen und neuer geografischen Verteilungen«⁴ neu zu strukturieren.

Die Schaffung, Verbreitung und Übermittlung von Wissen und Wissenschaft findet aber nicht wahllos statt, sondern strukturiert durch Schulen, Universitäten, Forschungseinrichtungen, Regierungsinstitutionen, Berufsverbände und andere soziale Einrichtungen. Wissenschaftler sind häufig an neuen Erkenntnissen um ihrer selbst Willen interessiert, und die Entdeckung und Weiterentwicklung neuen Wissens ist ihnen Lohn genug. Alle Regierungen, doch vor allem die Regierungen der Entwicklungsländer, sind an wissenschaftlichen Erkenntnissen interessiert, nicht nur um die Welt zu verstehen, sondern um Entwicklungsprozesse durch gezielte Interventionen zu kontrollieren und zu fördern. Und hier kommen Technologie und Innovation ins Spiel. Die interne Governance der Wissenschaft obliegt größtenteils professionellen Organen, die mittels Gutachterverfahren, Abgleichen und Kommunikation mit der breiten Wissenschaftsgemeinschaft, etwa durch Konferenzpapiere und Veröffentlichungen, festlegen, was als wissenschaftlich fundiertes Wissen zu gelten hat. Externe Governance-Mechanismen sind bemüht, »wissenschaftliche Erkenntnisse zur Verfügung zu stellen, zu regulieren und zugänglich zu machen«, indem sie vielversprechende Forschungsprojekte finanziell unterstützen. Sie legen darüber hinaus Normen, Regeln und Standards fest, um den Missbrauch und die falsche Anwendung von wissenschaftlichen Erkenntnissen zu verhindern und um das Recht auf geistiges Eigentum zu schützen.⁵ Einige Spannungen an der Schnittstelle von interner und externer Governance von Wissenschaft sind unvermeidbar, da das Streben nach wissenschaftlichen Erkenntnissen sich danach richten muss, was Regierungen als Zielsetzungen für das Allgemeinwohl definieren, wodurch die intellektuelle Autonomie gelegentlich eingeschränkt wird und die Gefahr besteht, dass Wissenschaft politisiert wird.

Die Gemeinschaft der Wissenschafts- und Technologieexperten vernetzt sich immer stärker. In einigen Ländern ist die Expertengemeinschaft häufig strukturell an die nationalen Regierungen angegliedert, durch entsprechende Institutionen und Organe der Regierungen, wie zum Beispiel durch Wissenschaftsausschüsse oder durch einen nationalen Wissenschaftsberater. Bisher besteht jedoch keine Verbindung mit der Ebene der internationalen Politikprozesse. Die dringenden globalen Herausforderungen benötigen wissenschaftlichen Input, den Transfer und die Anwendung von Technologie sowie internationale Zusammenarbeit. Dies macht Global Governance unumgänglich. Um eine stärkere Beteili-

gung der Wissenschaftsgemeinschaft an den globalen Entscheidungsprozessen zu fördern und zu erleichtern, empfehlen die Verfasser die Einrichtung eines neuen Postens in den Vereinten Nationen, und zwar die eines Wissenschaftsberaters des Präsidenten der UN-Generalversammlung.

Die Wissenschaft in die Prozesse und Strukturen der Global Governance einzubinden, würde nicht nur die Politikoptionen auf sachlich fundiertere Grundlagen stellen, sondern auch die Möglichkeit der Politik erhöhen, auf Wissenschaft, Technologie und Innovation stärkeren Einfluss zu nehmen. Einige Regierungen und einzelne Wissenschaftsverbände würden sich dennoch gegen jene Bemühungen der Vereinten Nationen sträuben, politisches und wirtschaftliches Handeln so zu gestalten und einzuschränken, dass die Schaffung und Anwendung von Wissen auf weltweit anerkannte angemessene Zwecke ausgerichtet wird. Die Kontroverse, die durch die IPCC-Berichte ausgelöst wurde, macht die Problematik deutlich, auf welche Art und Weise Wissenschaft genutzt, aber auch missbraucht werden kann. Die Haltung in gewissen politischen Kreisen, die Wissenschaft einfach zu ignorieren, wäre zweifellos noch weniger akzeptabel. Gleichzeitig deutet wiederum die Entscheidung des IPCC, eine unabhängige Sachverständigengruppe einzusetzen, um die Wissenschaftlichkeit der eigenen Berichte zu prüfen, darauf hin, dass das Problem ernst genommen wird. Denn es besteht in der Tat die Gefahr, dass – unter dem Decknamen der Autonomie – die interne Governance von Wissenschaftlern dazu führt, dass juristische Grenzen und Orthodoxien auf Kosten kritischer Untersuchungen und der Weiterentwicklung wissenschaftlicher Erkenntnisse hochgehalten werden.

Stärkung der Generalversammlung

Eine der besten Möglichkeiten, die Verhandlungs- und Entscheidungsfähigkeit von Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zu stärken, wäre, das einzige Plenarorgan der UN, die Generalversammlung, institutionell weiterzuentwickeln. Der Sicherheitsrat ist mit seiner supranationalen Entscheidungsmacht wohl das bedeutendste Organ und das geopolitische Gravitationszentrum. Mit zunehmender Ausweitung seiner Macht und Reichweite hat er die Rolle und Bedeutung der Generalversammlung in den letzten 20 Jahren immer stärker eingeschränkt. Doch die UN leiten ihre einzigartige Legitimität und ihren unerreichten Forumscharakter auch aus ihrer universellen Mitgliedschaft ab; das einzige UN-Organ, in dem alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen zusammenkommen und mitentscheiden, ist die Generalversammlung. Sie sollte die Hauptquelle der Autorität und Legitimität sein. Doch genau diese Universalität wie auch die äußerst unterschiedlichen Diskurs- und Entscheidungsfähigkeiten der Mitgliedstaaten führen dazu,

Die Wissenschaft in die Prozesse und Strukturen der Global Governance einzubinden, würde die Politikoptionen auf sachlich fundiertere Grundlagen stellen.

dass die Generalversammlung ein weniger geeignetes Organ geworden ist, wenn es um effiziente Entscheidungsfindung geht.

Eine Lösung dieses Problems könnte darin liegen, das Amt des Präsidenten der Generalversammlung besser auszustatten. Es wird oft vergessen, dass ursprünglich der Präsident der Generalversammlung als der wichtigste Amtsinhaber der internationalen Organisation vorgesehen war. Der Generalsekretär ist der höchste Verwaltungsbeamte an der Spitze des internationalen öffentlichen Dienstes. Während UN-Bedienstete, einschließlich des Generalsekretärs, für die Vereinten Nationen arbeiten, sind es die Mitgliedstaaten, die die politische Macht innehaben, denen die Weltorganisation *gehört*. Die einzige Person, die die Staatengemeinschaft repräsentiert und öffentlich für sie spricht, ist der Präsident der Generalversammlung. Nach den Protokollregeln rangiert der Präsident der Generalversammlung vor dem Generalsekretär.

Die Einrichtung eines neuen Postens eines Wissenschaftsberaters, unterstützt von einem kleinen Büro, würde dazu beitragen, die notwendigen unabhängigen, analytischen Fähigkeiten der Leitung der Generalversammlung und damit wohl auch der Mitgliedstaaten weiterzuentwickeln.

Ein Wissenschaftsberater des Präsidenten sollte jedoch nicht an dessen einjährigem Mandat gebunden sein, sondern für eine drei- bis maximal fünfjährige Amtszeit von der Generalversammlung ernannt werden. Dieses Mandat sollte nur einmal verlängert werden können. Damit sollen einerseits Kontinuität und Stabilität gewährleistet sein, andererseits aber auch sichergestellt werden, dass Wissensträger aus verschiedenen Regionen und Disziplinen zum Einsatz kommen. Das Mandat des Wissenschaftsberaters würde unter anderem folgende Aufgaben umfassen:

- Der/Die Wissenschaftsberater/in soll als zentrale Koordinierungsstelle für jene politischen Themen dienen, deren Optionen durch wissenschaftliche Beiträge und Analysen verbreitert und vertieft werden können. Er/Sie würde beauftragt sein, die Sichtbarkeit und den Input des Wissenschaftssektors zu erhöhen und die Diskussionen in den Vereinten Nationen mit den bestmöglichen, erkenntnisgeleiteten Analysen zu unterfüttern. Diese Beiträge zum Politikdiskurs der Generalversammlung sollen zum einen zu einer gewissen Versachlichung des Entscheidungsprozesses beitragen, zum anderen aber auch eine Brücke schlagen zur wissenschaftsgestützten Umsetzung globaler Politik auf nationaler und lokaler Ebene.
- Er/Sie sollte mit den Wissenschaftlern, die in internationalen Wissenschaftsverbänden gemeinsame Anliegen und Programme entwickeln, und mit den Wissenschaftlern und Wissensträgern im Sekretariat, in den Fonds, Programmen und Sonderorganisationen des UN-Systems zusammenar-

beiten. Er/Sie sollte sie in die Agenda der Generalversammlung einbinden und sie zur aktiven Mitarbeit anregen.

- Er/Sie sollte dazu beitragen, dass die sektoralen Grenzen bei der Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse im UN-System überwunden werden und die notwendige interinstitutionelle Zusammenarbeit durch interdisziplinäre Zusammenarbeit ergänzt wird.
- Er/Sie sollte auch dafür Sorge tragen, dass der agendabezogene Wissensbedarf neue strukturierte Impulse erhält und sich auch nationale und regionale Wissensproduktionsprozesse nach ihm richten.

Aufgrund der herausragenden Bedeutung von Wissenschaft für die Entwicklungsländer und deren Teilnahme an den globalen Politikprozessen wäre ein solcher Institutionalisierungsprozess durch die Ernennung einer Wissenschaftspersonlichkeit aus einem Entwicklungsland von großer Bedeutung.

Der überaus komplexe intersektorale, interdisziplinäre und interinstitutionelle internationale Aufgabenbereich des/der Wissenschaftsberaters/in macht die Unterstützung durch ein Beratungsgremium notwendig. Es wäre daher sinnvoll, dem/der Wissenschaftsberater/in etwa 15 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unter Berücksichtigung der fach- und geschlechtsspezifischen sowie geografischen Ausgewogenheit an die Seite zu stellen. Der/Die Wissenschaftsberater/in könnte auch als Vorsitzende/r dieses Gremiums fungieren und aufgrund seiner/ihrer Zusammenarbeit mit dem Präsidenten und den Mitgliedern der Generalversammlung die Aufgabenstellungen entsprechend formulieren. Alle Mitwirkenden an diesen Strukturen würden natürlich ausschließlich in ihrer persönlichen Eigenschaft und nicht als Vertreter ihrer Regierungen handeln.

Geschichte besteht aus den Antworten, die auf die Herausforderungen, denen sich die Gesellschaften gegenübersehen, gegeben werden. Unsere globale Wissensgesellschaft fordert neue Brücken von der Politik zur Wissenschaft und von der Wissenschaft zur Politik. Dies gilt insbesondere auch für jene Themenfelder, die längerfristig, ja auf Generationen hinaus die Zukunft und das Wohlergehen der Menschen auf diesem Planeten bestimmen. Wissen ermöglicht uns, das Gemeinwohl zu erkennen und umzusetzen. In diesem Sinne ist Wissenschaft mit dem Kernanliegen der Vereinten Nationen eng verbunden, als Leitweg zur »größeren Freiheit«.

4 Zaneta Ozolina et al., Global Governance der Wissenschaft, Bericht der Sachverständigenkommission zur Global Governance der Wissenschaft, im Auftrag der Direktion Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft der Generaldirektion Forschung der Europäischen Kommission, Bericht Nr. EUR 23616 DE, Luxemburg 2009, S. 6.

5 Ozolina et al., a.a.O. (Anm. 4), S. 11.

Die Einrichtung eines neuen Postens eines Wissenschaftsberaters würde dazu beitragen, die notwendigen unabhängigen, analytischen Fähigkeiten der Leitung der Generalversammlung weiterzuentwickeln.

Unsere globale Wissensgesellschaft fordert neue Brücken von der Politik zur Wissenschaft und von der Wissenschaft zur Politik.